

fuhrüberschuß mit allen Mitteln zu steigern, d. h. also, einerseits die Einfuhr auf das unerläßlich Notwendige herabzusetzen und andererseits die Ausfuhr hochwertiger Waren zu steigern. Die Einschränkung der Ausfuhr habe aber enge Grenzen, da zwei Drittel unserer Einfuhr aus Rohstoffen und Lebensmitteln bestehen. Der Steigerung der Ausfuhr ständen aber die Absatzkrisis auf dem Weltmarkt, die Lage des Arbeitsmarktes in Ententeändern und vor allem die 26%ige Exporttaxe des Ultimatums entgegen. Deshalb sei nicht abzusehen, wie weit sich der Ausfuhrüberschuß steigern ließe.

Deshalb gebiete es die Klugheit der im Artikel VIII des Ultimatums vorgesehenen Zahlungsweise in Material und Arbeit die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und die französisch-deutsche Zusammenarbeit herbeizuführen. Auch dem Umfang der Naturalleistungen seien in der Aufnahmefähigkeit des französischen Marktes Grenzen gesetzt und sei die Stimmung für die Zulassung der deutschen Arbeitskräfte in Frankreich noch geteilt. Aber es sei auch nicht zu verschweigen, daß die deutsche Regierung in ihren Angeboten nicht gerade eine glückliche Hand gehabt und Verständnis für die französische Neutralität bewiesen hätte. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, die wohl am ehesten durch direkte Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Industrien und durch die Privatinitiative gelingen werde, müsse aber erreicht werden, weil die Zahlungsweise in Material und Arbeit für uns von hervorragender Bedeutung sei.

Nachdem der Redner das Finanzprogramm zur Deckung des riesigen Bedarfs des Reiches an Inlandsgeld zur Bezahlung der Sachleistungen, zur ganzen oder teilweisen Erstattung der 25%igen Exporttaxe usw. erörtert und die Grenzen für die Belastungsmöglichkeiten des Besitzes, des Verbrauchs und des gewerblichen Lebens gezogen hat, wendet er sich dem Wirtschaftsprogramm zu, dessen Forderungen auf technische Vervollkommenung und Steigerung der Arbeitsleistung herauslaufen. In der Frage der Neuordnung des organisatorischen Aufbaus der Industrie unterstreicht der Redner das Rathenausche Wort: „Der deutsche Wirtschaftskörper ist viel zu krank, als daß man große Eingriffe vornehmen könnte.“ Die Industrie habe die ihr notwendig erscheinenden Neuorganisationen vertikaler und horizontaler Natur vorgenommen und werde, wo es notwendig und nützlich sei, weitere Zusammenfassungen vornehmen. Nicht in diesem oder jenem großzügig erscheinenden Plansystem wird die erfolgreichste Lösung für die Produktivitätssteigerung gefunden werden können, sondern in glücklichen Ergänzungen und Fortbildungen des vorhandenen Wirtschaftssystems, die nach Bedarf im Einzelfall, natürlich unter großen Gesichtspunkten getroffen werden. Gerade die notwendige Steigerung der Ausfuhrfähigkeit verlange die Fernhaltung von allen schwerfälligen und hemmenden Organisationen.

Nachdem der Redner noch den beachtenswerten Gedanken der Steuergemeinschaften und die Industrialisierung der Landwirtschaft eingehend besprochen hat, verlangt er die gründliche Reorganisation der öffentlichen Verwaltung und Betriebe in der Richtung der Sparsamkeit und erhöhter Wirtschaftlichkeit. Der öffentliche Verwaltungsapparat in Reich, Staat und Kommune sei viel zu groß und bedürfe der Verkleinerung und Vereinfachung. Die öffentlichen Betriebe, wie Eisenbahn, Post u. dgl. seien auf produktive Betriebsformen umzustellen.

Der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag schließt mit der Warnung, nicht zuviel Mittel auf einmal zur Anwendung zu bringen. In der Beschränkung zeige sich erst der Meister. Die von Baurat Beuster aufgestellten Leitsätze werden auf Grund eingehender Beratung in folgender Fassung angenommen:

1. Die Lösung des Problems, die ungeheuerlichen Forderungen des Londoner Ultimatums so weit als menschenmöglich zu erfüllen, ohne die deutsche Wirtschaft durch Ausraubung zu zerstören, muß vor allem in der Steigerung der Produktivität der deutschen Wirtschaft, der privaten wie der öffentlichen, gefunden werden.
2. Die Steigerung und Ökonomisierung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion muß durch Erhöhung der Arbeitsleistung, Vervollkommenung der Technik und Verbesserung der Organisation erreicht werden.
3. Aber auch die öffentliche Wirtschaft und Verwaltung bedarf einer durchgreifenden Reorganisation in der Richtung der Vereinfachung der Gesetzgebung und der Verkleinerung des viel zu großen Verwaltungsapparates und der Umstellung der öffentlichen Betriebe, wie Eisenbahn, Post u. dgl. auf produktive Betriebsformen.
4. Die Geldzahlungen an die Entente sind im allgemeinen aus der Steigerung des Überschusses der Ausfuhr über die Einfuhr zu bestreiten. Durch die Außenhandelskontrolle muß erreicht werden, daß der Preisdruck unserer Waren auf dem Weltmarkt vermieden wird und uns der volle Weltmarktpreis zugute kommt.
5. Neben den Geldzahlungen muß der Zahlungsweise in Material und Arbeit besondere Aufmerksamkeit zugewandt und dazu der Weg zur französisch-deutschen Zusammenarbeit gefunden werden.

Berlin, den 5. Juni 1921.

Ferner wurden folgende, von Stadtbaurat Jentsch, Berlin, entworfenen *Leitsätze über Ausbau der Selbstverwaltung* einstimmig angenommen:

Die öffentliche Verwaltung und Wirtschaft bedarf der Abänderung, da sie dem Fortschritt der Produktionsvorgänge nicht organisch ge-

folgt ist und infolgedessen den produktiven Ständen wesensfremd gegenübersteht.

Zur Erhöhung ihrer Wirksamkeit müssen daher zentrale Verwaltungsstellen von der Kleinarbeit und örtlichen Aufgaben durch weitgehende Dezentralisation entlastet werden, damit sie ihr Schwergewicht auf die Schaffung und Durchführung grundsätzlicher Verwaltungsmaßnahmen legen können. Als natürliche Ergänzung der zentralen Staatsverwaltung bietet der Ausbau und die Erweiterung der öffentlichen Selbstverwaltung (z. B. Kommunal-, Provinzialverwaltung, Berufsgenossenschaften usw.) in örtlicher und sachlicher Hinsicht vielfach Gelegenheit,

- a) die Verwaltung an die Entwicklung der wirtschaftlich und kulturell ausschlaggebenden Kräfte anzupassen und sachkundige Persönlichkeiten in der Verwaltung nutzbar zu machen;
- b) ehrenamtliche und andere Kräfte zur Mitwirkung zu gewinnen, die durch zentrale Behandlung nicht zu erfassen sind, um dadurch die Verwaltung zu verbilligen;
- c) das öffentliche Leben durch rege Wechselwirkung zwischen den innerhalb und außerhalb der Verwaltung Stehenden zu befruchten und die Reibungen zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft zu vermeiden;
- d) die Gegensätze unter den Berufen und Klassen zu mildern, um das höchste Maß in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Glieder des Volkes zu erreichen;
- e) die Teilnahme aller Volkskreise an der Arbeit der Selbstverwaltung, an deren Ausbau und insbesondere an der Vorbereitung von zugehörigen Gesetzen und staatlichen Anordnungen zu verstärken, damit letztere nicht als Fremdkörper empfunden werden;
- f) die öffentlichen wirtschaftlichen Unternehmungen in Leitung, Betrieb und Verrechnung so selbstständig zu machen, daß sie von den wechselnden politischen Auffassungen der Körperschaften unberührt bleiben.

Personal- und Hochschulnachrichten.

Es wurden ernannt: K. C. Browning, zum Prof. der Chemie und Metallurgie am Artillery College, früherem Royal Ordnance College, Woolwich; Direktor der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege, o. Prof. für Chemie und Technologie der Lebensmittel an der Dresdener Technischen Hochschule Dr.-Ing., Dr. phil. A. Heiduschka zum o. Mitglied der 1. Abteilung des sächsischen Landesgesundheitsamtes; Ökonometrat Schmuhl, Freiberg, zum Honorarprofessor für Landwirtschaftslehre an der Forstakademie Tharandt.

Gestorben sind: W. B. Cogswell, der sich um das Solvay-Verfahren verdient gemacht hat, am 7. 6. zu New York im Alter von 87 Jahren. — Geh. Reg.-Rat Dr. E. Schmidt, o. Prof. der pharmazeutischen Chemie an der Universität Marburg, im Alter von 76 Jahren. — Ing. A. Schwanbom, Trollhättan.

Bücherbesprechungen.

Kraftgas. Theorie und Praxis der Vergasung fester Brennstoffe von Dr. Ferd. Fischer †, Prof. an der Universität Göttingen. 2. Auflage. Neu bearbeitet und ergänzt von Dr.-Ing. J. Gwosdz. Mit 245 Figuren im Text. Leipzig 1921. Otto Spamer.

Preis geh. M 120,—, geb. M 130,— (u. 40% Verlagsteuerzuschl.)

Nicht immer ist die Neubearbeitung des Werkes eines fremden Autors eine dankbare Aufgabe. Die beiden Gefahren, daß man entweder durch die vorhandene Einteilung des Stoffes sich gehemmt fühlt und deshalb alte Mängel in das neue Buch hinübernimmt, oder daß man ein neues Buch schreibt und so die Pietät gegen den Autor verletzt, liegen immer nahe. Der Bearbeiter des Fischerschen Buches, ein anerkannter Fachmann auf dem Gebiete der Brennstoffvergasung, hat beide Gefahren klug umgangen. Allerdings war er in der glücklichen Lage, aus dem Vollen schöpfen zu können. Die Vergasungstechnik sowohl wie die theoretische Erforschung der Vergasungsvorgänge hat gerade in dem Zeitraum seit dem Erscheinen der ersten Auflage ganz enorme Fortschritte gemacht; eine große Reihe von grundlegenden Arbeiten namhafter Forscher ist veröffentlicht, eine Unzahl von Bauarten patentiert und auch praktisch erprobt worden. Es galt also zu sichten, das Material dem System anzupassen und, wo ein Schema noch nicht vorhanden war, neue Kapitel einzufügen. Dies ist dem Bearbeiter in ganz hervorragender Weise gelungen. Allerdings ist ein Buch vom doppelten Umfang der ersten Auflage daraus geworden. Dies ist aber gerade ein Vorteil, denn solche Werke müssen dem Fachmann als Nachschlagewerke dienen und können deshalb nie zu viel Material enthalten. Wie der Bearbeiter beispielsweise die charakteristischen Merkmale der einzelnen Gaserzeugerkonstruktionen an der Hand ausgezeichneter Zeichnungen hervorhebt, muß als vorbildlich bezeichnet werden. — Die Ausstattung ist sehr gut.

Fürth. [BB. 85.]